

Herrn
Innensenator
Udo Nagel
Johanniswall 4
20095 Hamburg

Frauen- und Gleichstellungspolitik

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Landesbezirk
Hamburg**

Besenbinderhof 60
20095 Hamburg

Telefon: 040 - 28 58 111

Durchwahl: - 1240

Telefax:

PC-Fax: - 7240

heike.lattekamp@verdi.de

www.verdi.de

Datum

4. April 2006

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Abschiebung afghanischer Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Senator Nagel,

bereits im Juli vorigen Jahres wandten wir uns an Sie, da uns die Sicherheitslage in Afghanistan nach Informationen landeskundiger Augenzeugen als höchst bedenklich erschien. Wir sprachen uns daher gegen eine zwangsweise Rückführung von afghanischen Flüchtlingen aus.

Mit Empörung haben wir der Presse erneut Fälle inhumaner Abschiebungen aus Hamburg entnommen: den Fall der Hauswirtschaftsschülerin Zohra K. und den der Juristin Lida E.

Im Juli 2005 ließen Sie uns durch das Referat: Grundsatzangelegenheiten des Ausländer- und Staatsangehörigenrechts der Behörde für Inneres mitteilen, dass die Voraussetzungen für die Rückführungen nach Afghanistan gegeben seien. Es ist uns schwer vorstellbar, dass Ihnen der im Juni 2005 vom Auswärtigen Amt verfasste "Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage" in Afghanistan nicht bekannt war (siehe Artikel "Zurück in den Krieg", DIE ZEIT vom 9. März 06).

Wir fragen uns, weshalb die dort getroffenen Einschätzungen in Hamburg keine Berücksichtigung im Umgang mit den betroffenen AfghanInnen finden. Wenn Frauen lt. Bericht des Auswärtigen Amt systematisch Opfer von Verbrechen der rivalisierenden kämpfenden Gruppen werden und aufgrund ihres Geschlechts auch nicht die Mittel für ihren Lebensunterhalt erarbeiten können, bedeutet eine Abschiebung ihre Auslieferung in den sicheren Tod (siehe ZEIT-Artikel v. 9.3.06).

Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin eines in Afghanistan seit vielen Jahren engagierten deutschen Schulvereins gab uns jetzt einen Augenzeugenbericht aus Kabul. Sie schilderte zum einen die katastrophalen Wohn- und Arbeitsverhältnisse dort. Nach ihrer Einschätzung hat ein Mensch ohne Einbindung in einen Familienverband - und das trifft auf zahlreiche ZwangsrückkehrerInnen zu - dort kaum Überlebenschancen. Daher würden alleinstehende junge Männer geradewegs den Taliban in die Arme getrieben, die sie gern für ihre Organisation rekrutierten.

Auch wurde uns berichtet, dass der afghanische Minister für Flüchtlingsfragen in einem Gespräch mitteilte, er habe offizielle Stellen der BRD gebeten, Rückführungen aus Deutschland aufzuschieben, da Afghanistan aktuell mit der Flut von Rückkehrern aus Pakistan bereits überfordert sei.

Wir bitten Sie daher, von Abschiebungen afghanischer Flüchtlinge Abstand zu nehmen. Deutschland will Afghanistan auf dem Weg in einen demokratischen Rechtsstaat begleiten. Wäre es da nicht unsere vornehmste Aufgabe mit der Einhaltung von Art. 2 GG ein positives Signal zu setzen?

Mit freundlichen Grüßen

Christine Detamble-Voss
Vors. des Landesbezirksfrauenrates

Heike Lattekamp
Landesbezirksfrauensekretärin